

Santiago de Compostela, 25. September 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestatten Sie mir im Folgenden eine kurze Stellungnahme zum Ministerialentwurf für die Dienstrechts-Novelle für den pädagogischen Dienst.

Meines Erachtens weist der vorliegende Entwurf lediglich einen – dafür grundlegenden – Mangel auf, nämlich den ihm zugrunde liegenden Kürzungsgedanken. Denn anders können jene Abschnitte dieser Novelle, die auf eine Erhöhung der Arbeitszeit und eine „Anpassung“ des Besoldungsrechts abzielen, nicht verstanden werden. Auf die katastrophalen Folgewirkungen dieser und anderer Maßnahmen für die Qualität des Unterrichts und die daran Beteiligten soll hier gar nicht erst eingegangen werden, da dies auch von den VerfasserInnen des Ministerialentwurfs offensichtlich gänzlich ausgeblendet wurde. Ich möchte mich hier vielmehr auf die, scheinbar vorrangigen, Kürzungen beziehen. Diese Einsparungen werden unverhohlen geplant, obwohl die Wichtigkeit der Bildung, als Investition in die Zukunft unseres Landes, bei keiner Sonntagsrede unerwähnt gelassen wird. Wie soll dieser Ministerialentwurf also verstanden werden? Als Abgesang auf die Zukunft Österreichs?

Entgegen den vorgesehenen Einsparungen sehe ich die dringende Notwendigkeit sehr viel Zeit und Geld in die österreichische Bildungslandschaft zu investieren. Reformen – das wird keiner bestreiten – sind längst überfällig. Hier jedoch lediglich den Sparstift walten zu lassen, halte ich für höchst fahrlässig und ungerecht gegenüber SchülerInnen, Eltern und jenen, die sich entschieden haben, LehrerInnen zu werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich appelliere an Sie, bitte überdenken Sie, ja bitte überarbeiten Sie diesen Entwurf. Denn dies kann nur im Interesse aller Beteiligten sein.



Klaus Redl